



## **Konferenzbericht: „Gewalt im Frieden – Violencia en tiempos de Paz“. Formen, Ursachen und Einhegungsmöglichkeiten der Gewaltkriminalität in Zentralamerika. Leipzig, 25.-28.03.2009**

Knapp 20 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs sterben in El Salvador mehr Menschen durch Gewalthandlungen als in fast allen anderen Teilen der Welt. Die Homizidrate hatte sich nach dem Bürgerkrieg zwischenzeitlich verdoppelt und bewegt sich heute konstant über dem Durchschnitt der Kriegsjahre. In einigen anderen Staaten Zentralamerikas finden sich ähnliche, wenn auch nicht ganz so dramatische Zahlen. Wie kann der Widerspruch geklärt werden, dass nach der Beilegung des Bürgerkriegs mehr Menschen der Gewalt zum Opfer fallen als während des bewaffneten politischen Konflikts, wenn letzterer doch mehr politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit anzieht als der Frieden? Dieser Frage widmete sich die Konferenz „Violencia en tiempos de Paz“, die von Heidrun Zinecker und ihrem Lehrstuhl für Internationale Beziehungen der Universität Leipzig ausgerichtet wurde.

Die Konferenz bildete den vorläufigen Abschluss eines mehrjährigen Forschungsprojekts unter der Leitung von Heidrun Zinecker und Lothar Bock (HSFK), welches aus einer vergleichenden Perspektive die Gewaltintensität in den fünf zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Guatemala erforschte. Der hohe Anteil zentralamerikanischer Teilnehmer aus Polizei, Justiz und NGO-Szene verlieh der Konferenz einen ausgeprägt praxisorientierten Charakter. Die Wahl des Spanischen als Konferenzsprache unterstrich die wichtige Bedeutung, die der politischen Nutzbarkeit der Ergebnisse für die im Sicherheitssektor aktiven Teilnehmer zugesprochen wurde. Die Wahrnehmung der Konferenz durch die Entscheidungsträger der jeweiligen Sicherheitssektoren kann als gesichert gelten, da sich unter den Teilnehmern auch Minister, Botschafter und Polizeipräsidenten aus Zentralamerika befanden.

Den inhaltlichen Auftakt bildete das Eingangsreferat von Zinecker, welches die wichtigsten Ergebnisse ihres auf ausgedehnter Feldforschung basierenden Forschungsprojekts zusammenfasste und die Problemstellung der Konferenz präziserte. Sie präsentierte einen aus Kriminalsoziologie und politischer Ökonomie kombinierten Ansatz, der auf der Grundlage der strain-Theorie in ätiologischer Weise nach den Ursachen der Gewalt fragt. Den Kristallisationspunkt des Referats stellte der freak case Nicaragua dar: Trotz eines brutalen Bürgerkriegs und sozio-ökonomischer Kerndaten, die den gängigen Modellen zufolge hohe Gewalaffinität hervorrufen müssten, ähnelt die gegenwärtige Gewaltkriminalität Nicaraguas eher dem sicheren Costa Rica als den drei unsicheren Staaten im Norden Zentralamerikas. Als ausschlaggebende unabhängige Variable zur Erklärung unterschiedlicher Gewaltniveaus identifizierte Zinecker die Überweisungen (Remesas) der Arbeitsmigranten in den USA. Diese stabilisierten die oligarchische Struktur der Staaten mit höherer Gewaltintensität, zerstörten soziale Netzwerke und verstärkten subjektive Deprivationswahrnehmungen. Dabei wies sie darauf hin, dass die Mehrzahl der Gewalttäter nicht dem, von unten gesehen, ersten Quintil entstammen, sondern aus Familien hervorgehen, die dem zweiten und dritten Quintil zuzuordnen sind. Eine praxisbezogene Schlussfolgerung, die Zinecker aus ihren Beobachtungen zog, mag viele Entwicklungstheoretiker überraschen: Wenn Armut und hohe Ungleichheit nicht ursächlich für die

Gewalt sind, kann Gewalteinhegung auch unabhängig von Armutsbekämpfung erfolgreich sein.

In seinem anschließenden Kommentar kritisierte Peter Waldmann die seiner Meinung nach unzureichende soziologische Einbettung des präsentierten Modells und die damit verbundene mangelnde Berücksichtigung der konkreten Erscheinungsformen der Gewalt. Außerdem stellte er die Frage, ob die Remesas tatsächlich als Renten zu werten seien und somit der rentenökonomische Zugang wirklich plausibel ist. Schließlich kritisierte er den hohen Abstraktionsgrad der Schlüsselthesen Zineckers. Während der Rentencharakter der Remesas sicherlich in der weiteren Forschung zu diskutieren ist, übersah seine Kritik teilweise die soziologische Fundierung von Zineckers Ansatz durch die strain-Theorie. In seiner Kritik am hohen Abstraktionsgrad wiederum manifestieren sich, wie Waldmann einräumte, die Konfliktlinien unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze.

Die durch das Eingangsreferat formulierte Problemstellung wurde anschließend in vier aufeinander folgenden Panels diskutiert, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzten. Das erste Panel stellte zentralamerikanische akademische Perspektiven in den Vordergrund. Hier bezeichnete Nadine Janssen von der guatemaltekischen Organisation STRATEGOS die Forschungsbeiträge aus dieser Region selbstkritisch als zu deskriptiv und zu wenig analytisch, wobei dieser Vorwurf auch durch die Konferenz nicht ganz ausgeräumt werden konnte. Die zentralamerikanischen Referenten konzentrierten sich besonders auf Kontextualisierung und Ursachenforschung. So wurden die Jugendgangs („Maras“ oder „Pandillas“) denen allgemein die größte Aufmerksamkeit zukommt, eingebettet in die Diskussion der breiten Gewaltkultur und deren Ursachen. Neben den Maras sei der Drogenhandel und die häusliche Gewalt sowie persönliche Rache (häufig als Auftragsmord) in den Staaten ebenfalls virulent. Sergio Cuarezma vom Obersten Gerichtshof Nicaraguas stellte fest, dass häusliche Gewalt gegen Frauen in seinem Land nicht weniger häufig, die Gewalt der Straße hingegen deutlich geringer ist als im „nördlichen Dreieck“ und vermutete die Ursache für beide Gewaltmanifestationen in der Überforderung durch den rapiden sozialen Wandel. Julieta Castellanos, Professorin an der Universidad Nacional Autónoma de Honduras, verwies hingegen auf externe Faktoren, die die Gewalt anheizen würden. Honduras Rolle als Drehscheibe im Handel von Waffen gegen Drogen zwischen den USA und Südamerika bringe ein hohes Gewaltpotential ins Land. Im Hinblick auf die internen Faktoren wurden in diesem Panel zumeist das Versagen von Polizei und Justiz, die Demokratie- und Menschenrechtsdefizite und das Aufbrechen der sozialen Strukturen durch Migration genannt. Die Migration, sowohl in Form von Urbanisierung als auch in Form der bereits von Zinecker problematisierten Arbeitsmigration in die USA, stelle die Gesellschaften vor einen enormen Anpassungsdruck und bringe etablierte Institutionen ins Wanken. Bezogen auf die Jugendgangs identifizierte der costa-ricanische Soziologe Rodolfo Calderón drei primäre Gewaltmotivationen: Die Jugenddelinquenz ergebe sich aus dem Zusammenspiel einer globalisierten, hedonistischen Konsumorientierung, dem Versagen familiärer Strukturen und drogenbezogener Beschäftigungskriminalität. Die außergewöhnlich hohe Gewaltbereitschaft der Jugendgangs, deren bloße Existenz laut Janssen eigentlich eine universelle Urbanisierungserscheinung ist, führten die Wissenschaftler insbesondere auf die repressive Politik in Honduras, El Salvador und Guatemala zurück. Diese Politik der „Harten Hand“ (mano dura) habe durch die Mischung aus scharfer Repression und Polizeiwillkür erst das Gewalklima geschaffen, aus dem die hohe Kriminalitätsrate hervorging. Die Kritik an der mano dura wurde von allen Referenten des Panels geteilt.

Das zweite Panel präsentierte die Perspektiven externer, internationaler Wissenschaftler. Insgesamt dominierten hier anthropologische Ansätze gegenüber der überwiegend ätiologischen Herangehensweise des ersten Panels. So vertrat Mo Hume von der Universität Glasgow die Position, dass vor der Analyse der Ursachen der Gewalt, also dem „Warum“, erst eine Analyse der spezifischen Artikulation der Gewalt, also dem „Wie“ durchgeführt werden müsse. Wie Hume plädierte auch Geoff Thale vom Washington Office on Latin America für eine Differenzierung der abhängigen Variablen und sprach sich dagegen aus, lediglich die Ursachen einer „Gewaltkultur“ zu suchen. Dieser diffuse Begriff würde verdecken, dass auch der Indikator „Homizide“ verschiedene Gewalttypen umfasst. Zu diesen zählte er insbesondere die Drogenmafia und andere Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität. Hinzu kämen die Morde der Jugendbanden, die gewöhnliche Kriminalität und die häusliche Gewalt. Da hier jeweils unterschiedliche Motive zu konstatieren sind, müssten auch unterschiedliche Strategien zur Eindämmung angewendet werden. Die an der Universidad Nacional Autónoma de México lehrende Ailsa Winton verlegte sich ebenfalls auf das Beschreiben der bestehenden Gewaltphänomene. Sie stellte insbesondere die kommunalisierte Sicherheit heraus, die sich z.B. in Form von Lynchjustiz disproportional häufig gegen Jugendliche richten würde. Vinay Jawahar von der Princeton University hingegen stellte – ähnlich wie die Referenten des ersten Panels – die Frage nach den Unterschieden zwischen Nicaragua und dem nördlichen Dreieck in den Vordergrund. Er identifizierte drei Hauptfaktoren, die auf den spezifischen Charakter des nicaraguanischen Sicherheitssektors abstellen und das geringe Gewaltniveau in Nicaragua erklären sollen. Erstens habe die Verwurzelung der Polizei im sozialrevolutionären Prozess ein anderes Selbstverständnis im Umgang mit der Bevölkerung hervorgebracht. Zweitens sei die Polizei von den Sandinisten – im Unterschied zu den anderen Staaten – nicht als Repressionsinstrument genutzt worden und es seien aus ihr deshalb z.B. keine vigilanten Todesschwadronen hervorgegangen. Schließlich habe die Regierung auf die *mano dura* verzichtet. Als weniger einfach zu fassen wertete er weitere mögliche Faktoren. So seien die Maras in Nicaragua weniger zahlreich und weniger gewalttätig, wobei aber unklar sei, wie die Ursache-Wirkung-Richtung tatsächlich aussieht. In Bezug auf den staatlichen Diskurs stellte er fest, dass es eine weniger starke Kriminalisierung der Jugend gibt. Wahrscheinlich verhindern geringe Inhaftierungsraten den häufig erst während eines Gefängnisaufenthalts auftretenden Transfer der spezifischen Gewaltkultur der *Pandilleros* auf andere Jugendliche, schloss Jawahar.

Das dritte Panel präsentierte die Perspektiven von drei ehemaligen *Pandillas*-Mitgliedern, die heute alle in verschiedenen NGOs arbeiten. Ihre Beiträge waren stark autobiografisch geprägt. Dank der persönlichen Wandlungsprozesse und Rollenwechsel der drei Referenten von Gewalttätern zu Sozialarbeitern wurden diese subjektiven Gewalterfahrungen von ihnen jedoch kontextualisiert und reflektiert präsentiert. Humberto González von PASMO verwies neben anderen Ursachen für die hohe Jugendkriminalität auf die hohe Alltagsgewalt und die Privatisierung des öffentlichen Raumes hin, die den Jugendlichen Platz zur Selbstentfaltung verwehre. Die hohe symbolische Bedeutung des Territoriums für die Gangs führte er unter anderem auf diese Wieder-Aneignung des Raumes durch die nunmehr gewaltkompetenten Jugendbanden zurück. Ausdrücklich lobte er die weniger auf Repression als auf funktionierende Prävention und Rehabilitation setzende Politik der nicaraguanischen Regierung, die auch ihm den Ausstieg aus der Szene ermöglicht hätte. Ronaldo Miranda, Mitbegründer der NGO *Generacion X*, machte u. a. anderem darauf aufmerksam, dass – anders als in der Darstellung der Regierung – der Großteil der Kriminalität auf klassische Drogenhändler und nicht auf die Jugendbanden zurückzuführen sei und beklagte diese einseitige Kriminalisierung der Jugend.

Das vierte Panel gab schließlich Raum für die Vertreter der jeweiligen Sicherheitssektoren der fünf Staaten. Da diese die Herausforderungen und Gegebenheiten ihrer täglichen Arbeit beschrieben, verlagerte sich das Gewicht noch weiter auf die Praxis. Der costa-ricanische Richter Chirino beschrieb die Ursachen für das gute Funktionieren des Sicherheitssektors in seinem Land, verwies aber gleichzeitig auf bedrohliche Trends, die Costa Rica auf den Weg der Nachbarländer führen könnten. Diese Defizite der Nachbarländer standen im Fokus der übrigen Referenten. Diese konzentrierten sich auf die fatale Kombination aus Repression, Willkür und Unfähigkeit der Polizei in den drei Staaten des Nordens. Die hohe Straflosigkeit und die hohe Gefahr, unschuldig in die Mühlen von Polizei und Justiz zu geraten, lege – verbunden mit Deprivationsempfindungen – den Schritt in die Gewaltkriminalität als rationale Entscheidung nahe. Diese Deprivation erweise sich als Folge einer Exklusion, die sich sozial, ökonomisch und politisch (keine Zivilgesellschaft, Wahlfälschungen) äußert. Da in dem Panel auch Repräsentanten der honduranischen und guatemalteckischen Regierung vertreten waren, variierte die Beurteilung des tatsächlichen Handlungsspielraums der staatlichen Organe, je nach Position und Rolle der Referenten, sehr stark.

Der abschließende Round Table unter Beteiligung aller Teilnehmer stellte sich die Aufgabe, praxisrelevante Schlussfolgerungen aus der Konferenz zu ziehen. Drei Punkte standen dabei im Vordergrund: Dem Aufbau von Präventionsmaßnahmen nach nicaraguanischen Vorbild wurde ein besonders hohes gewalteinhegendes Potential zugesprochen. Der präventive und community-bezogene Ansatz der Polizei gegenüber den Jugendgangs habe nicht nur für Zentralamerika, sondern weltweit Vorbildcharakter. Im Umkehrschluss wurde die Politik der *mano dura* als kontraproduktiv abgelehnt, da sie die gewaltstimulierenden Faktoren eher verstärke. Schließlich wurde insbesondere von den Vertretern der Polizei und Justiz eine Verstärkung der regionalen Kooperation der Sicherheitssektoren als notwendig erachtet. Dabei müsse sowohl der Austausch von Know-How und best-practice-Beispielen, als auch die transnationale Kooperation – vor allem angesichts der transnational organisierten Drogenmafia – vertieft werden.

Neben diesen von den Teilnehmern formulierten praktischen Ergebnissen lassen sich auf der theoretischen und analytischen Ebene weitere Schlussfolgerungen ziehen. Zum einen ist die Problematisierung der Migration hervorzuheben; sei es als rentengenerierendes Phänomen, welches politökonomische Verwerfungen hervorruft (Zinecker) oder sei es durch die Zerrüttung von Familienstrukturen, die damit einhergeht (Castellano). Die (Re-)Migration und der damit verbundene Import von Gewaltkulturen aus Los Angeles und anderen US-Großstädten brachte anscheinend eine Veränderung des Selbstverständnisses der Gangs und damit eine „Professionalisierung“ und Brutalisierung der Gangkultur mit sich. Im Gegenzug wurde mit Verweis auf Nicaragua den Bürgerkriegen eine eher geringe Bedeutung bei der Entstehung von Gewalt zugesprochen. Zugespitzt formuliert soll der anhaltende Krieg in den Straßen von Los Angeles also mehr Einfluss auf die Gewalt in den jeweiligen Ländern haben, als der beendete Krieg im eigenen Land. Vielleicht ließ man sich bei der Formulierung dieser These zu sehr von Nicaragua ablenken und unterschätzte, wie bedeutsam und erfolgreich die gewalteinhegenden Strategien des nicaraguanischen Staates waren. Die fatalen Spätfolgen der Bürgerkriege für die Gewaltproblematik in El Salvador und Guatemala werden in dieser Perspektive zu sehr relativiert. Vielmehr sollte überlegt werden, ob die USA durch Kulturtransfer nicht lediglich die Symbole der Gewaltsprache der einseitig in den Vordergrund gerückten Maras geliefert hat, wodurch die Gewaltpraxis dieser Gruppen sehr viel sichtbarer wurde als die tödlichere Gewalt der eher nach mexikanischem Muster organisierten Drogenmafia. Die Rolle der zentralamerikanischen Staaten als Transferland für den Handel „Drogen gegen Waffen“

ist wiederum ein strukturelles Problem und beeinträchtigt die Sicherheitslage dramatisch. Hier greifen die auf der Tagung überwiegend herangezogenen soziologischen und sozialpsychologischen Interpretationen nur unzureichend.

Umgekehrt hat die Konferenz aber deutlich zu Tage gefördert, dass in der Regierungspolitik und in den Medien der Fehler begangen wird, Gewalt einseitig als Jugendgewalt zu verstehen, um dann der Jugend gegenüber pauschal mit repressiven Mitteln aufzutreten. Die Beiträge der Konferenz lassen auf eine Eskalationsdynamik schließen, die sich aus der Wechselwirkung von Repression-Radikalisierung-Repression ergibt. Angesichts der Willkür der Polizeigewalt und der Unfähigkeit, die wahren Täter zu ermitteln, erscheint gewaltfreies Handeln für viele Akteure irrational: während gesetzestreuere Leben nicht vor dem Gefängnis schützt, wird die Anwendung gewalttätiger krimineller Mittel selten bestraft. Die massive Repression gekoppelt mit Straflosigkeit scheint allen Versuchen einer Pazifizierung der Gesellschaft entgegen zu wirken. Wie die Teilnehmer aufgezeigt haben, führt diese Kriminalisierung nicht zuletzt zu einer hohen Inhaftierungsrate, welche positiv mit der Anzahl der Morde korreliert. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass in den autobiografischen Schilderungen der drei Ex-Gewalttäter der Gefängnisaufenthalt als Sprungbrett für ihren Ausstieg aus der kriminellen Karriere gedeutet wurde.

Im Hinblick auf die Einbettung in die Debatte über schwache Staatlichkeit fällt auf, dass dem Staat im Unterschied zu Analysen aus dem Bereich der Afrikastudien eine überraschend hohe Handlungskompetenz zugesprochen wird, die dieser aber nicht ausnutzt. Die Gewalt wird demzufolge als das Resultat politischen Versagens oder als das Ergebnis politischer Strategien beschrieben. Die hohe Unsicherheit sei nicht Ausdruck schwacher Staatlichkeit, sondern resultiere aus der Strategie oder der Ignoranz der staatlichen Akteure. Anhand dieser Argumentationslinie wird deutlich, dass die begrüßenswerte Tiefe und Praxisorientierung im Rahmen der Konferenz gleichzeitig eine analytische Beschränkung dargestellt haben mag. Ein Blick auf Ansätze, die beispielsweise in der Gewaltordnungsdebatte oder den bereits erwähnten Afrikastudien verwendet werden, hätte deutlich gemacht, dass Perspektiven von außerhalb für die überwiegend von spanischsprachigen Diskursen geprägten Konferenzteilnehmer eine theoretische Bereicherung hätten darstellen können. Bisher nur unzureichend vorgenommene Vergleiche zwischen den Maras und beispielsweise den nigerianischen Bakassi Boys versprechen aufschlussreiche Einsichten über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Gewaltfigurationen in Zentralamerika und anderswo.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die erfolgreiche Konferenz den Teilnehmern einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen Gewaltphänomene Zentralamerikas ermöglichte und eine Tiefe erreichte, die bezüglich solcher peripherer Regionen auf europäischen Konferenzen selten zu finden ist. Durch die Kombination von theoretischen Analysen und best-practice-Beispielen konnte die Tagung den staatlichen Repräsentanten, lokalen NGOs und Entwicklungsorganisationen gleichzeitig einige klare Maßnahmen aufweisen, wie die Gewaltintensität in der Region, und vermutlich nicht nur dort, eingedämmt werden könnte.

Jenen, die an der Konferenz nicht teilnehmen konnten, sei daher der Konferenzsammelband empfohlen, welcher Anfang des kommenden Jahres erscheinen wird.

**Eilert Stamm**

## **Serhat Karakayali: Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld: transcript 2008**

Was haben „Gespenster der Migration“ mit Ordnung zu tun? Migration, so Serhat Karakayali, bringt politische und soziale Ordnungen durcheinander, indem sie deren bevölkerungspolitische Grundlagen beständig verschiebt (11). Konstitutiv für (illegale) Migration seien ihr „entgleitendes“ Moment, ihre Negativität und ihre Unbestimmtheit, die sie bedrohlich und gespenstisch machen. Gleichzeitig spielt der Titel mit der bedeutungsschweren Tradition des „Gespensts“ in der politischen Semantik Europas und verweist so auch auf eine Kritik am Konzept der „Autonomie der Migration“: den Vorwurf, Vertreter einer „Autonomie der Migration“ stilisierten das migrantische Subjekt zum Heilsbringer.

Karakayali legt eine „Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland“ vor. Die genealogische Perspektive rückt die epistemologisch-politische Ebene und die Transformation von Regierungsweisen in den Blick. Entgegen der verbreiteten Darstellung, dass illegale Migration in Deutschland erst in den 1990er Jahren empirisch aufgetreten sei, zeigt Karakayali, dass „illegale Migration“ sowohl als Diskursobjekt als auch als Gegenstand behördlicher Praxis bereits in den 1960er Jahren in Erscheinung getreten ist und die Formierung der bundesrepublikanischen Migrationsregimes wesentlich prägte. Er fragt, wie illegale Migration gemacht wird und wie sie sich verändert. Da in den gesellschaftlichen Konflikten um illegale Migration eine Auseinandersetzung um Migration im Allgemeinen stattfindet (14), geht es auch darum, wie Migration überhaupt politisch artikuliert werden kann.

Das ambitionierte Projekt verknüpft überdies Migrations- mit Staatstheorie. Aufbauend auf Poulantzas' materialistischer Staatstheorie wird der Staat als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ konzipiert. Zugleich ist der Staat ein Feld, auf dem „mit Hilfe von Machttechnologien, Steuerungs- und Kontrollverfahren eine asymmetrische aber gleichwohl konsensuale gesellschaftliche Regulation erzielt wird“ (42). Zu analysieren sei, wie politische Kämpfe - hier vor allem: Kämpfe der Migration - im institutionellen Gerüst des Staates eingeschrieben sind. Insbesondere illegale Migration bringt einerseits Ordnungen durcheinander, gleichzeitig aber auch neue Formen des Sozialen hervor. Die in diesem Band dargestellten Migrationsregimes sind ein Beispiel für solche asymmetrischen Kompromisse, die durch Migration geprägt wurden. Der Regimebegriff spielt in dieser Analyse eine zentrale Rolle. Als theoretisches Universalwerkzeug dient er Karakayali dazu, „staats-, hegemonie- und gouvernementalitätstheoretische Ansätze unter Einbeziehung der Genealogie und Diskurstheorie zu operationalisieren.“ (53) Er ermöglicht „die Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren, deren Praktiken zwar aufeinander bezogen, nicht aber in Gestalt einer zentralen (systemischen) Logik geordnet, sondern vielfach überdeterminiert sind.“ (47). In Anlehnung an Sciortino wird ein Regime als ein „mehr oder weniger ungeordnetes Ensemble von Praktiken und Macht-Wissens-Komplexen“ gefasst (48). Dabei erscheinen Regulationen als Effekte sozialer Handlungen, ohne den Staat zum Ausgangspunkt dieser Handlungen zu machen.

Herzstück der Arbeit ist die Analyse der Transformation des Konfliktfelds Migration und seiner Stabilisierung in verschiedenen Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Karakayali beschreibt darüber hinaus die Emergenz illegaler Migration (als unerlaubtes Überqueren nationalstaatlicher Grenzen) im Zusammenhang mit der Entstehung des „national-sozialen Staates“ (Balibar) und seiner Grenzen (Kapitel 2). Demnach trägt die Regulation von Bewegung selbst zur Entstehung einer modernen Staatlichkeit bei. Die übergeordnete Frage lautet: Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen wird

Mobilität problematisch und wie transformiert sich die politische Bearbeitung unerwünschter Mobilität historisch? Schon seit langem - Karakayalis Erzählung setzt im Hochmittelalter ein - gibt es Versuche, die Mobilität von ArbeiterInnen einzuschränken. Damit einher gehen Grenzziehungen zwischen „echten“ und „betrügerischen“ Armen, Sesshaften und Mobilien, in- und ausländischen ArbeiterInnen sowie legitimen und illegitimen Formen der Bewegung. Karakayali zeigt, „wie Nomaden, BettlerInnen und VagabundInnen historisch dem Zugriff des Staates zugeführt und wie in der Formierung des Nationalstaats die Kontrollinstrumente auf neue Weise arrangiert und dem Imperativ unterworfen werden, der eine Bevölkerung einem Territorium zuweist“ (61). So entsteht über die Administration des Territoriums und Techniken der Immobilisierung, Bändigung und Kommodifizierung nicht nur eine Grenze, sondern auch ein Volk - demgegenüber die Mobilien „das Andere des Staates“ und eine Bedrohung der herrschenden Ordnung darstellen (80). Mobilität transformiert sich in zwei Typen: erwünschte interne und zweifelhafte grenzüberschreitende Mobilität. Anders ausgedrückt: „Aus mobilen und gefährlichen Massen sind Bürger einerseits und Ausländer und MigrantInnen andererseits geworden.“ (86) Die despotische Kontrolle von Arbeitskraft verlagert sich über die rechtliche und soziale Integration der Bevölkerung auf AusländerInnen.

Diese Spaltung charakterisiert für Karakayali die Lösung des Migrations- und Mobilitätsproblems durch nationalistische Ideologie im Deutschen Reich, der Weimarer Republik und - in radikalisierter Form - im Nationalsozialismus (89). In der Weimarer Republik wurden durch die Einführung von Genehmigungspflicht, Tarifvertragswesen und Inländerprimat Grundlagen für einen fordistischen Migrationskompromiss, der sich auch in der BRD fortsetzt, gelegt. Dass das Jahr des ersten Anwerbeabkommens mit Italien 1955 heute als „Jahr Null“ der bundesrepublikanischen Migrationspolitik konstruiert wird, hat für Karakayali daher zwei Effekte. Erstens könne damit der Primat der politischen Steuerung von Migration behauptet werden, zweitens würden Verbindungen zwischen der Rekrutierung von GastarbeiterInnen und der NS-„Fremdarbeiterpolitik“ vermieden (97).

Die Behauptung, Migration werde vornehmlich vom Aufnahmeland (und nicht etwa von den MigrantInnen) gesteuert, vermag Karakayali mit beeindruckender Materialfülle zu widerlegen. Vielmehr seien die Gründe für Migration noch nie mit den Kategorien erklärbar gewesen, die Staaten für legale Einreise zur Verfügung stellen. Karakayalis Feststellung, dass offizielle Kategorien allein die Regierungstechniken reflektieren und nur bedingt deskriptiven Charakter haben, ist eine in der Migrationsforschung leider noch unterrepräsentierte Forschungsperspektive.

Für die Zeit der Bundesrepublik unterscheidet Karakayali verschiedene Migrationsregimes und dazugehörige Modi politischer Artikulation. Dem „Gastarbeiterregime“ bis 1973 entspricht eine ökonomische, dem daraufhin bis 1992 folgenden „Asylregime“ eine menschenrechtliche Rationalität. In der illegalen Migration, die nach dem Asylregime paradigmatisch und zum verbindenden Element europäischer Migrationspolitik wird, sieht Karakayali eine neue Verbindung von ökonomischer und menschenrechtlicher Rationalität.

Dabei sind Formen von Migration nicht nur in ihrer historischen Abfolge voneinander zu unterscheiden, sondern es existieren verschiedene Typen parallel. So benennt Karakayali allein für das Gastarbeitsregime (Kapitel 3) vier Typen der Einwanderung - die Anwerbung durch Bundesanstalt für Arbeit in den Anwerbeländern; das Sichtvermerkverfahren, bei dem die Aufenthaltserlaubnis erst in der BRD vergeben wird; den „dritten Weg“ der Einreise als TouristInnen, die ex post durch deutsche Behörden reguliert wird, sowie - nach der Schließung des dritten Weges - seine Ökonomisierung und Organisation

durch als DienstleisterInnen agierende MigrantInnen, die als SchleuserInnen diffamiert werden. Irreguläre Migration war zu dieser Zeit stets in den legalen Rahmen des Gastarbeitsregimes eingebettet (99).

Die begrenzte Aufenthaltsdauer als zentrales Verdichtungsmoment der Kompromissstruktur im Gastarbeitsregime wird durch das ständige Schwanken deutscher Migrationspolitik zwischen Integration und (aufenthaltsverkürzender) Rotation destabilisiert. Der Anwerbestopp wird als Versuch gewertet, die Widersprüche des Gastarbeitsregimes stillzulegen. Damit verlagert sich das Terrain der Kämpfe der Migration. „Bekämpft wird Migration nunmehr nicht als das Unterlaufen sozialrechtlicher Standards, sondern als autonomes Handeln der MigrantInnen, als Sesshaftwerdung beziehungsweise ‚Einwanderung‘ und im Rahmen des Asylrechts schließlich als ‚Einwanderung in die Sozialsysteme‘.“ (154) Prozesse der Sesshaftwerdung beschworen Angst vor „Ausländerghettos“, Infrastrukturdebatten thematisierten die Kosten von Einwanderung, und die eingeführten Zuzugssperren schufen „Unangemeldete“ als eine neue Gruppe illegaler MigrantInnen. Im Asylregime (Kapitel 4) fanden diskursive Kämpfe um Migration auf einer „humanitären Matrix“ statt. Arbeitsmigration wurde dethematisiert und Migration war nur als Flucht vor Folter und Verfolgung zu rechtfertigen. Nach dem Ende des Asylregimes rückt, so Karakayali, illegale Migration als Hauptmigrationsform ins Zentrum der Neuformierung des europäischen Migrationsregimes (Kapitel 5). Als kleinster gemeinsamer Nenner der sehr unterschiedlichen nationalen und regionalen Migrationserfahrungen deterritorialisieren und segmentieren illegale Migration Europäisierungsprozesse. Sie schreibt sich in den Prozess der Abgrenzung gegenüber einem Kollektiv der Nicht-Europäer und damit in die Formierung einer europäischen Identität ein. Karakayali argumentiert gegen das Bild der „Festung Europa“ und setzt ihm die Konstituierung eines europäischen Mehrfachgrenzraumes entgegen. Die gesamteuropäische Bekämpfungsrhetorik wird von je landesspezifischen Einwanderungspolitiken für legale Arbeitsmigration begleitet. Diese befänden sich auf dem Weg zu einem Post-Gastarbeitsregime (Kapitel 6). Auf der Basis einer Hybridisierung von Elementen einer neuen Gastarbeit, illegalen Migrationsformen und solchen, die sich aus der Asylummigration entwickelt haben, entsteht in der Bundesrepublik daneben eine Politik der „Legalisierung von unten“.

Abschließend greift Karakayali selbst in die migrationspolitische Debatte ein. Kapitel 7 analysiert er „Viktimisierung“ als ein weiteres Kompromissfeld. Karakayali bezeichnet das Viktimisierungsdispositiv als hegemonial, verweist aber auch darauf, dass das Delikt „Schleusung“ in Deutschland bereits Ende des 19. Jahrhunderts und der Terminus „Menschenhandel“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts auftauchen. Während des Gastarbeitsregimes wurden MigrantInnen des „vierten Wegs“ im behördlichen und Mediendiskurs als Opfer skrupelloser Menschenhändler und als „Sklassen“ bezeichnet. Auch kritische Intellektuelle und MigrantInnen betrieben eine Politik der skandalisierenden Bezeichnungen, um die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der GastarbeiterInnen zu kritisieren. Als diskursives Gegenstück zum „Sklassen“ erscheint im Menschenhandelsdiskurs die „Mafia“. „Die Bekämpfung der Migration wird koextensiv mit der Bekämpfung der Ausbeutung von MigrantInnen“ (238) und dem Schutz der inneren Sicherheit. Besonders deutlich werden die Effekte des Viktimisierungsdispositivs im Trafficking-Diskurs, den Karakayali als paradigmatisch für die repräsentationalen und politischen Barrieren des Denkens über Migration insgesamt bezeichnet. Dabei entstehen ambivalente Allianzen - z.B. zwischen „bestimmten feministischen und menschenrechtlichen Positionen und den Apparaten der Migrationskontrolle“ (243) - und es wird aus linken und gewerkschaftlichen Positionen möglich, Migration zu bekämpfen, ohne MigrantInnen offen zu Gegnern zu machen (152). Im Anti-Trafficking-Diskurs können sich Migrantinnen (unter Umständen

nur) als Opfer zu Subjekten machen - eine „Gouvernementalität der (klandestinen) Subjektivierung“ (242), die MigrantInnen gleichzeitig zu Objekten degradiert. Sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern „ermöglicht Trafficking, Migrationsstrategien zu dethematisieren und [...] den komplexen sozialen Prozess innerhalb dessen Frauen zu der Entscheidung gelangen, als Prostituierte zu migrieren, auf die manichäische Formel von victims und villains zu bringen.“ (248).

Anhand dieser Verweise wird die Einbettung der dem Buch zugrunde liegenden Arbeit in einen spezifischen Forschungskontext zum Problem der „Autonomie der Migration“ (siehe v.a. das Forschungsprojekt „Transit Migration“) deutlich. Karakayali führt aus, was er unter dem Konzept „Autonomie der Migration“ versteht, geht dabei auf Kritiken ein und löst einige Missverständnisse auf. „Autonomie“ sei in diesem Fall nicht als Freiheit oder Unabhängigkeit von Strukturen oder Machtverhältnissen zu verstehen. Die „Autonomie der Migration“ als Untersuchungsperspektive nehme vielmehr die der Migration eigenen Konfliktfelder und Praktiken in den Blick. Damit könne das exzessive Moment der Migration - anders als in Normalisierungsdiskursen - konzeptualisiert werden, ohne es - wie im Anti-Immigrationsdiskurs - zu verabsolutieren (258).

„Gespenster der Migration“ ist dreifach lesenswert: durch die aufbereitete Materialfülle in der erhellenden historisch-genealogischen Darstellung; als Beitrag zu einer Migrationsforschung, die ihr Verhältnis zu staats- und demokratietheoretischen Fragestellungen reflektiert; und als Appell für eine Restrukturierung des Migrationsdiskurses, die es erlaubt, transnationale migratorische Praxis jenseits von Viktimisierung und Kriminalisierung politisch zu artikulieren.

**Elena Buck**

### **Reina, Leticia; Servín, Elisa; Tutino, John (eds.): Cycles of Conflict, Centuries of Change: Crisis, Reform, and Revolution in Mexico. Durham & London: Duke University Press, 2007.**

At the beginning of the 19<sup>th</sup> century New Spain<sup>1</sup> underwent a series of riots in order to gain independence from Spain. These riots went on for 11 years and finally ended in 1821 when the goal of autonomy from Spain was reached. Exactly 100 years later, in 1910, another revolution began which also lasted about ten years. Both these revolutionary periods were preceded by systemic political crises and accompanied by socioeconomic problems which affected large parts of the population. At the end of the 20<sup>th</sup> century the Mexican political system entered another crisis at the same time that liberal economic measures caused diverging socioeconomic effects for the population. In 2000, the Mexican people voted for the first time in more than seventy years for a change in the governing party at the federal level. Today, after more than one *sexenio*<sup>2</sup> since voting out the Party of Institutionalized Revolution (PRI) after 70 years of uninterrupted political rule, numerous dilemmas persist in Mexican society as well as in the political sphere. The editors of the book under review here originally organized a discussion in 1999 debating the probability of a new insurgency in Mexico for the year 2010. An initial version of this

1 The viceroyalty of New Spain included the today Southwestern United States, Mexico, Central America the Caribbean, and the Philippines.

2 A *sexenio* refers to a term of governance which lasts six years.

discussion was published in 2002 in Spanish<sup>3</sup>. It was followed by the present revised version in English.

The aim of this anthology was to analyze comparatively the conditions and indications that led to the extended insurgencies which took place at the beginning of the previous two centuries respectively, and the contemporary developments that may or may not lead to another in the next few years. Taking this as its task, the anthology proceeds by aggregating various aspects of, and theoretical approaches to, the question.

The book is divided into three parts. The first part focuses on municipal communities and their role in historical events. Eric van Young pleads for the deconstruction of the concept of crisis. According to van Young, crises are experienced on a local or community level “driven by local historical memory, local religious sensibility, local conflicts and local actors” (p. 27). Leticia Reina, as well as Antonio Annino, emphasizes the growing importance of communities as key sites for the negotiation of regime power and popular participation (p. 93). Annino speaks of the ambiguities created by the 1812 Cadiz Constitution which did not clearly anchor sovereignty on any specific political level. The *pueblos* interpreted liberal freedom as a recognition of their ancient freedoms and ancient land rights (p. 86). Only the presidents Benito Juárez (1858-1872) and Porfirio Díaz (1877-1880/1884-1911) were able to cope with this problem (p. 88).

In these first articles it already becomes evident that the land question has always been central in conflict situations in Mexico. External factors have also been an issue in this matter, as Friedrich Katz illustrates in the second part of the book. This part deals with the political, social, and economic circumstances favoring or impeding the start of general insurrection in the past and whether or not they could play the same role again.

François-Xavier Guerra focuses on the problem of sovereignty that impeded a unitarian political structure in 19<sup>th</sup> century Mexico. Mexico was, he says, “a conglomerate of pueblos, states, cities, and villages of varying importance but with equal rights [...]” (p. 134). According to him the Porfiriato<sup>4</sup> was successful due to its highly personalistic nature based on corporations and clientelism. Díaz tried to “domesticate warlords” not only by “means of physical elimination, [but] often through state governorships or other sinecures, and always through the freedom to enrich themselves” (p. 140). In the end, however, Guerra says, it was the personalistic nature of the Porfiriato that caused its demise and created so many problems to the revolutionary forces that tried to establish a strong central authority after Porfirio Díaz was gone. This argument can also be found in the contribution of Alan Knight. Comparing the Porfiriato and its demise with the post-

3 Reina, Leticia; Servín, Elisa (eds.), *Crisis, reforma y revolución*. México: Historias de fin de siglo, México, 2002.

4 Luis Medina speaks of Porfirio Díaz, who governed Mexico between 1876 and 1911, as as a star whose rays established a link between everything and himself. These rays had little or no relation between themselves. Medina, Luis, *Invención del sistema político mexicano – Forma de gobierno y gobernabilidad en México en el siglo XIX*, 2nd edition, México 2007, p. 334.

revolutionary regime of the PRI, as Knight does, brings out a lot of common indicators and developments. The PRI-regime was also based on corporativism and clientelism. Knight, however, concedes to the contemporary political system more flexibility than it had a hundred years ago. Unlike what happened with the Porfirian regime, the capacity of the PRI-regime to adapt to changing circumstances will be tested, according to Knight, in a fairly stable context of competitive elections (p. 171). For Lorenzo Meyer the flexibility of the contemporary political system arises from the fact that, while in the Porfiriato power was linked to the person, the PRI linked it to the office (p. 295).

John Tutino argues that a lack of ecological autonomy for most present communities will impede the reemergence of insurgencies. According to him the revolutionary potential grows with the “ability of rural communities to sustain themselves and insurgent fighters independently of the structures of power and production they seek to transform” (p. 214). It is not clear how Tutino would explain the power of the workers class in Europe at the end of the 19<sup>th</sup> century, who lived in cities and were far from being ecological autonomous. On the other hand, he correlates the problem of lacking ecological autonomy with the dilemma of international migration and national citizenship. That addresses a highly actual problem involving people that do not have the benefit of citizen rights in the place where they work and often live.

The third part of the book analyses the contemporary political and social structures and the nature of the post-revolutionary regime. Guillermo de la Peña sees a crucial valve for discontent in the growing civil society. Since the 1980s the spreading social movements and non-governmental organizations have been frequently more responsive and effective than political institutions. Meanwhile, Enrique Semo laments the weakness of the Mexican Left. During the 1970s a lot of Marxists and socialists supported the official revolutionary nationalism and therefore the PRI-regime. Today the Left emphasizes a glorious past but lacks substantial programs for the future as well as a utopia. Elisa Servín is hopeful because the replacement of the single party system for a multiparty system, the rising importance of the Congress as a “forum for discussion and confrontation among political fractions”, and the growing power of local and regional powers, which, together with the Congress, created a “counterweight to presidential centralism” (p. 382). At the same time Servín stresses the new conflicts and uncertainties that arose from these changes and laments that the “political alternation has not resolved the most urgent social demands” (p. 387). She is not sure at all that the country will not fall into violence again.

The confusing and long title already reflects the vast expanse of the analyses provided. Some of the articles offer excellent theory-based analysis while others are rather just informative in the sense of being descriptive – which at least can be fruitful for the reader not deeply involved in the topic. The differences in the analytical approaches and the theoretical backgrounds of the contributors makes the anthology in the whole a profound and controversial work analyzing the signs for probable insurgencies in the political, social and legal field. It is at the same time a historical analysis and an analysis of the contemporary developments in Mexico. The long term scope of the project stresses the enduring socioeconomic and political dilemmas not yet solved under the first non-PRI government. It is the persistence of these dilemmas that demand continuing analyses.

**Kristin Seffer**

## **Ernst Pöppel: Zum Entscheiden geboren. Hirnforschung für Manager. München: Hanser 2008**

Dass für Prozesse des Entscheidens und der Ordnungsproduktion ein Gehirn vonnöten ist, ist seit längerem klar – der Versuch, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Erforschung desselben in Entscheidungshilfen zu verwandeln, ist dagegen ein rezenter Trend, der erst durch die beeindruckenden Fortschritte der Hirnforschung der letzten Jahrzehnte in den Bereich des Sinnvollen gerückt wurde. Der Münchener Hirnforscher und Psychologe Ernst Pöppel hat neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit (LMU München) als Unternehmens- und Politikberater theoretisches Wissen über das Gehirn für praktische Zwecke nutzbar zu machen versucht. Das vorliegende Buch richtet sich vorrangig an „Entscheider“, bietet aber auch allen denjenigen, die an der aufstrebenden „Neuroberatung“ für Führungskräfte zeitdiagnostisch interessiert sind, ein Exemplar dieser Gattung. Hirnforschung als Disziplin operiert an der Grenze zwischen Biologie und Psychologie, ihre Ergebnisse wirken aber weit in viele gesellschaftliche Reflexionsbereiche ein. Bekannte Beispiele sind die Debatte um die Existenz von Willensfreiheit und den strafrechtlichen Schuldbegriff oder die Überlegungen zur Möglichkeit einer „Neurotheologie“. In diesem Sinne handelt es sich bei vorliegender Publikation nicht mehr um eine populäre Darstellung der Hirnforschung, sondern, mit einem Wort des Autors, um das Ergebnis eines gemeinsamen, „ko-kreativen Prozesses“ (S. 11) von wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Wissensproduktion.

Pöppel vertritt keine Zentralthese, er prüft sehr heterogene Ergebnisse gegenwärtiger Hirnforschung gleichsam in der Breite auf ihre Relevanz für Fragen der Entscheidungsfindung. Der Unübersichtlichkeit ihrer Praxisbedeutung entspricht die hier gewählte ungewöhnliche Darstellungsform: Die Sammlung locker verbundener Einzelpunkte wird formal anhand einer Numerologie von eins („eine Entscheidung“) bis zehn (zehn Stufen der Entscheidungs pyramid) in Kapiteln abgearbeitet. Diese Ordnung folgt keiner inhaltlichen Systematik, sondern vertraut den Chancen der freien Assoziation (Kapitel 7: „Die Zahl sieben hat etwas Magisches an sich“, Kapitel 8: „Die Zahl acht lässt auch an Achtsamkeit denken“ usw.). Auch innerhalb der Kapitel trifft man auf dieses Strukturprinzip, wenn etwa „die fünf Phasen des Lebens“, „fünf Ebenen des Entscheidens“ und die „big five“ (Persönlichkeitsmerkmale) im selben Kapitel bearbeitet werden. Dies erschwert eine lineare Zusammenfassung von Pöppels Argumenten und Thesen, die bedeutendsten Stoßrichtungen seien dennoch genannt: Durch das Buch zieht sich als roter Faden die Idee der normativen Kraft des Gehirns. Insofern dieses Organ ein wesentlicher (der wichtigste?) Faktor von Entscheidungsfindung ist, habe man seine Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten zu beachten, will man bestimmte Optima der Leitungstätigkeit ausschöpfen. Insofern könne der Manager einerseits von seinem Gehirn lernen, indem er dessen Strukturprinzipien für die Organisation von Entscheidungen übernimmt („wie es das Gehirn auch macht“, S. 142, „Auch im Hirn gibt es Beamte.“, S. 184). Zum Anderen könne er sich von seinem Hirn gewissermaßen emanzipieren, indem er typische „hirnbedingte“ Fehler und Verzerrungen in seiner Entscheidungsfindung beachtet, um sie nach Möglichkeit zu neutralisieren. Hier argumentiert Pöppel – im Rahmen von Beratungsliteratur kaum überraschend – durchweg optimistisch: „Allen Schwächen können wir durch Selbsttransparenz entgegenreten. Wenn man über sich Bescheid weiß, dann hat man schon gewonnen.“ (S. 203). Pöppel betont die Rolle von Konzentration („Multitasking ist nicht möglich“, S. 56) und situativer Achtsamkeit, zudem plädiert er für Entschleunigung als Bedingung guten Entscheidens. Desweiteren unterstreicht er die Bedeutung impliziten Wissens, unbewusster Kognitionsvorgänge und die vom klassisch-rationalistischen Bil-

dungssystem unterschätzte Möglichkeit einer „anstrengungslosen Informationsverarbeitung“ (S. 215). Zudem weist er vielfach auf die zerebralen Wurzeln monokausalen Denkens hin. Viele dieser Einsichten und Empfehlungen erscheinen altbekannt bis trivial, die Innovation liegt hier eher im Begründungsbereich: Indem man ein Wünschbares als neuronale Potenz ausweist und seine Entstehungsbedingungen benennt, erschließt man eine biologische Versicherung seiner Möglichkeit. Vor allem erhalten damit in ihrer Wahrheitsfähigkeit umstrittene psychologische und sogar philosophische Behauptungen neue Fundierung. Wie die Hirnforschung überhaupt übernimmt hier Pöppel die Evaluierung und Reformulierung klassischen, quasi noch intuitiv generierten Wissens. So könne man „ein ‚guter Mensch‘ sein, weil es zwei Zustände des Bewusstseins gibt“ (S. 73), einen „ichnahen“ Zustand und – dank der neuronalen Fähigkeit zur empathischen Einfühlung in Andere – einen Zustand der quasi-externen Selbstbeobachtung. Interessante Erkenntnisse bringt Pöppel auch aus einem seiner genuin neurowissenschaftlichen Beschäftigungsfelder – der zeitlichen Strukturierung des Bewusstseins durch die Arbeitsweise des Gehirns – bei. (v.a. Kapitel 8): Das Zeitfenster der Gegenwart lässt die sequenzielle Bearbeitung von informationeller Komplexität nur in Wahrnehmungsklustern mit einer Dauer von bis zu ca. drei Sekunden zu, was strukturelle Eigenheiten und Beschränkungen vieler Wahrnehmungsphänomene erklärt: Die Bildung aller interaktiven und kommunikativen Sequenzen muss dieser Bedingung unterworfen werden, sonst fallen sie aus dem Bewusstsein (S. 179ff.). Jede längere Zeitdistanz (sei sie vergangen oder künftig) muss in der kurzen Gegenwart konstruiert werden und unterliegt Verzerrungen („Zeitfolgefehler“).

Hier kann zugleich eine Kritik ansetzen. Gerade an Darstellungen neurowissenschaftlicher Forschungsergebnisse ist der erwartete praktische Nutzen nicht abzugreifen, von konkreten Handlungsanleitungen zu schweigen. Die hier abgeleiteten Hinweise geraten mitunter trivial und allzu nonfallibel („Festhalten und Loslassen ist ein Grundprinzip des Gehirns“, S. 187). Umgekehrt lassen sich konkrete Entscheidungshilfen („Die E-Pyramide des Entscheidens“, S. 205) kaum auf Ergebnisse der Hirnforschung zurückführen. Wohlwollend mag man diese Inkompatibilität von Hirntheorie und -praxis auf die Komplexität potentieller Entscheidungsprobleme zurechnen – schon im Handorakel des Gracián fand sich für jede Empfehlung eine „ausgleichende“ Gegenempfehlung. Das Problem ist jedoch ein methodologisches: Typischerweise betreffen die meisten neurowissenschaftlichen Erkenntnisse alle (gesunden) Gehirne, während die Praxis gerade diskriminierender Kriterien exzellenten Entscheidens bedarf, die nicht aus der neuronalen Allgemeinheit abgeleitet werden können. Erforderlich wäre dafür eine differenzielle Hirnforschung, wo bislang noch um die Erklärung basaler kognitiver Prozesse gerungen wird. Tipps für die Ausbildung herausragender Hirne – über Gemeinplätze wie die Forderung nach frühem Fremdsprachenlernen hinaus – suchen Entscheider hier also weitgehend vergebens. So meint schon der elitistisch anmutende Buchtitel das tägliche Entscheidenmüssen aller Menschen, Pöppel sucht also mitnichten, die anvisierte Entscheiderklientel mit Vererbungsideologie auszustatten. Eher irritiert beim Lesen die klare Vernachlässigung von Aspekten sozialer Differenzierung im gesamten Buch, sei es von Gesichtspunkten organisationeller Hierarchie oder von funktionaler Arbeitsteilung – von der „goldenen Regel“ abgesehen wird soziale Interdependenz überhaupt nicht thematisiert. Ohne hier die Ursächlichkeitsqualitäten von Sozialität und Neuronalität gewichten zu wollen – dass die Erwünschtheit von Kompetenzen wie Aggression oder Anpassungsfähigkeit mit sozialen Rollen variiert, müsste zumindest thematisiert werden. Es wird nicht ganz klar, ob solche blinden Flecken in Pöppels Werk dem in der Neuroforschung verbreiteten Weltbild zuzurechnen sind, soziale Ordnung sei im Kern nur die aggregierter Leistung individueller Gehirne – dem Neuro-Reduktionismus. Vielleicht wird man im

Laufe der Maturisierung der Hirnforschung auf die im Kern transzendentalistische Vorstellung des Gehirns als eines welttragenden, nun biologischen Subjektes verzichten und seine Funktionsweise als einen Faktor der Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeit neben gleichwertigen anderen, etwa kulturellen und sozialen Aspekten, einordnen. Dies würde jedenfalls die Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften erleichtern. Ein letzter Kritikpunkt betrifft den angehängten Fragebogen für die Messung der eigenen „politischen Intelligenz“ (PQ). Der von einem „internationalen Team von Psychologen und Hirnforschern“ erstellte Test erfolgt per Selbsteinschätzung sowie Selbsteinschätzung der Fremdeinschätzung entlang von Fragen nach Führungsqualität oder auch schauspielerischen Fähigkeiten und dürfte kaum etwas anderes messen als das eigene Selbstvertrauen.

Offenbar können Hirnforscher (wie vor einem halben Jahrhundert die Physiker) sich aufgrund eines aus Optimierungs- und Heilungshoffnungen gewonnenen Prestigeüberschusses ihrer Disziplin auch zu Themenfeldern äußern, zu denen ihre Zunft inhaltlich kaum innovative Ergebnisse erbringt. Andererseits erfordert eine rasch wachsende Grundlagenwissenschaft natürlich das Austesten ihrer Konsequenzen in verschiedensten Bereichen (Neuromarketing, Neurofinance, Neuroästhetik). Zudem wird die Nachfrage der „Entscheider“ nach Anregung und Absicherung durch Expertenwissen nicht geringer. Wissenssoziologisch lässt sich angesichts der Buntheit der im Spektrum zwischen Esoterik, Religion, Psychologie und Biologismus angesiedelten Angebote der Beratungsliteratur für Führungskräfte vermuten, dass ihre Funktion nicht zuerst in der Vermittlung theoretischer Wahrheiten liegt, sondern in performativen und teils „schamanischen“ Aspekten wie der Stimulation kreativer Assoziativität, der Dissonanzeliminierung oder der Stärkung des Vertrauens in Intuition. Offenbar eignet sich gerade die Hirnforschung als ein funktionales Äquivalent religiöser oder esoterischer Entscheidungsbegründung, insofern das Gehirn als quasi-transzendente Quelle von Normen, Werten und Entscheidungsprämissen fungiert, deren Interpretation neurowissenschaftlichen Experten obliegt. Ob diese Art „Wertschöpfung“ (S. 12) zukünftig durch die wissenschaftlichen Ergebnisse gedeckt werden kann, bleibt eine offene Frage. Pöppels Buch zeigt jedenfalls für die Gegenwart, wie schwierig sich die Nutzbarmachung des „ethischen“ Potentials der Hirnforschung angesichts der Diskrepanz von Forschungs- und Entscheidungspraxis gestaltet.

**Oliver Kuhn**